

Die Versammlungsfreiheit von Gewerkschafter*innen und gesellschaftlich Arbeitenden darf nicht angetastet werden!

Voller Empörung haben wir - d.h. ca. 100 Gewerkschafter*innen und Arbeiter*innen verschiedener Gewerkschaften sowie Menschenrechtler-*innen unterschiedlicher Organisationen - am Freitag abend, den 23.3.2018 zur Kenntnis nehmen müssen, dass eine Nachlese des G20-Gipfels nicht in den Räumen der IG-Metall stattfinden konnte.

Die Ursache: Auf Einspruch der GdP (Gewerkschaft der Polizei) wurde der Vorstand der IG-Metall dazu gezwungen, die Veranstaltung unter dem Titel: "Jagdscenen aus Hamburg - der G20-Gipfel und die Folgen" abzusagen.

Die Veranstalter waren: der Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin, Arbeitskreis kritischer Jurist*innen, VDJ-Regionalgruppe Berlin und der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV).

Zum Glück bekamen wir Ausgegrenzten Asyl in der ver.di-Mediengalerie, die fast gegenüber dem Sitz des Polizeipräsidenten am Platz an der Luftbrücke zu finden ist.

Die Rechtsanwältin Gabriele Heinecke - ergänzt von Menschen, die ebenfalls während des G20-Gipfels in Hamburg waren - beschrieb, was sich während des Gipfels dort ereignet hatte und wie das Versammlungsrecht außer Kraft gesetzt wurde, d.h. dass und wie - medial inszeniert - bereits im Vorfeld eine Kriminalisierung einsetzte und ein Protestcamp untersagt wurde. Politik und Sicherheitskräfte wollten ganz offenbar die Eskalation und haben Hamburg zu einer Stadt des staatlichen Gewaltmonopols gemacht, in der während des Gipfels Grundrechte außer Kraft gesetzt wurden.

Trotzdem gab es überall in der Stadt friedliche Protestversammlungen gegen Kriegstreiber, wie u.a. Donald Trump und den türkischen Diktator Erdogan, der ebenfalls auf dem Gipfel hofiert wurde, obwohl er u.a. Journalisten, wie Denniz Yüksel und viele hundert andere Kritiker*innen seiner Politik als "Terroristen" verfolgen, einkerkern und ermorden lässt.

Die Gipfelgegner*innen und -kritiker*innen des G20-Gipfels waren/sind ebenso wenig "Terroristen", wie die, die der türkische Staatspräsident mit diesem Terminus stigmatisiert. erinnert sei dabei auch an den Entzug der Akkreditierung für zahlreiche Journalist*innen, die wie "Gefährder" oder "Störer" behandelt wurden. Unter den in Hamburg Protestierenden waren auch sehr viele Gewerkschafter*innen. Insbesondere die jüngeren unter ihnen wurden ebenfalls Opfer der Polizeigewalt. Nicht nur das: Anschließend wurden Wohnungen von Mitgliedern der verdi-Jugend in Bonn durchsucht und Handys, Laptops, USB-Sticks und Notizen beschlagnahmt.

Dabei zeigt sich heute umso schärfer, wie berechtigt dieser - überwiegend gewaltfreie - Protest verlaufen ist.

Denn was ist das Resultat/Ergebnis des Gipfels, der aus Mitteln von hart arbeitenden Steuerzahler*innen finanziert wurde? Es zeichnet sich ein Handelskrieg zwischen der EU und USA ab und Recep Tayyip Erdoğan führt seit Januar diesen Jahres einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die eh seit sieben Jahren stark traumatisierte syrische Bevölkerung und Verbündete von Natostaaten im Kampf gegen die Terrormiliz "Islamischer Staat", der YPG und Peshmerga, die ihr Leben auch für die Sicherheit europäischer und USamerikanischer Zivilist*innen eingesetzt und geopfert haben. Und

nicht nur das: Mit der Ernennung von John Bolton zum nationalen Sicherheitsberater der US-Administration wird jetzt ein Krieg gegen Nordkorea und den Iran immer wahrscheinlicher.

Zentrale Kernfragen gewerkschaftlicher Grundsätze, wie Krieg und Frieden, Klimawandel, Verteilungsungerechtigkeit, Welthandel und Kapitalmärkte, Rüstungsproduktion und -exporte gehören mehr denn je auf die Agenda gewerkschaftlicher Politik. Denn: Die "Worldleader", die während des G20-Gipfels zusammen kamen verwandeln diese Erde immer mehr in ein Schlachtfeld. Durch "Dieselgate" und Korruption in den obersten Etagen der deutschen Wirtschaft, wie u.a. der Deutschen Bank sowie durch eine Unternehmenspolitik wie die von Jeff Bezos / Amazon, Marc Zuckerberg / Facebook, Robert Mercer / Cambridge Analytica wird die gesundheitliche Disposition von uns Arbeitenden stark beeinträchtigt.

Wir kämpfen auch dafür, dass die Kinder von Polizeibeamt*innen - die ihre Köpfe für diese grauenhafte Politik hinhalten müssen - eine Zukunft haben.

Einer guten Zukunft dienlich ist es keinesfalls, wenn Vorstandsvorsitzende der kritischen Arbeiter*innen-Basis keine Räume für Veranstaltungen dieser Art zur Verfügung stellt, sondern dieses Verhalten führt zu einem totalitären Staat.

Wir halten es deshalb für wichtig, diese Veranstaltung "auf höherer Ebene" und unter Einbeziehung von weiteren Gewerkschaftsmitgliedern und Menschenrechtler*innen sowie Journalist*innen in Berlin zu wiederholen.

Diese ist notwendig, um die Stigmatisierung von engagierten Kollegen und Kolleginnen in allen Branchen der gesellschaftlichen Arbeit aufzuheben und dem Rechtsruck entgegenzuwirken.

Dies ist ein (noch) nicht verabschiedeter Resolutionsentwurf gegen die Ausladung der Veranstaltung am 23.3.2018 in Berlin "Jagdszenen aus Hamburg – der G20-Gipfel und die Folgen" aus dem IG Metall-Haus nach einer Intervention der GdP über den DGB - siehe weitere Informationen im [Dossier: Kommst Du mit ins Gefahrengelände? Hamburg: Gipfel der G20 7./8. Juli 2017](#)

Und wir erinnern an das [Dossier: DGB-München verbietet Antifa-Kongress in ihren Räumen nach radikal rechter Gegenkampagne - auch der Gewerkschaft der Polizei](#)